

# Postmarktgesetz - viel Post, wenig Markt

Utl.: Initiative Zukunft Postmarkt ortet Kniefall der Politik vor unternehmenspolitischen Interessen der Österreichischen Post AG =

Wien (OTS) - Die mit der Verschiebung des Postmarktgesetzes aufkeimende Hoffnung, die Politik werde sich für diese zuletzt auch von Bundeskanzler Faymann für eine rasche Lösung als "zu groß" erkannte Aufgabenstellung die notwendige Zeit nehmen und neben der Österreichischen Post AG auch weitere Marktteilnehmer konsultieren, währte nur kurz. Bereits im nächsten Ministerrat am 28. Juli soll das Gesetz dem Vernehmen nach beschlossen werden. Ohne die Verbesserungen, die von vielen kritischen Stimmen gefordert wurden.

Mogelpackung Versorgungssicherheit

Ansinnen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) war es von Beginn an, möglichst rasch ein Gesetz zu erlassen, das die Versorgung der Bevölkerung mit Postdiensten sicherstellt, indem die Österreichische Post AG zur Aufrechterhaltung einer Mindestinfrastruktur in Form von Postgeschäftsstellen verpflichtet wird.

Nicht nur, dass diese eingeschränkte Sicht der Postmarktliberalisierung mit Blick auf die europarechtlichen Vorgaben viel zu kurz greift, selbst das Ziel "Versorgungssicherheit" scheint das BMVIT mit seinem Gesetzesentwurf völlig aus den Augen verloren zu haben. Die vorgeschlagenen Bestimmungen sind unausgegoren und in sich so widersprüchlich, dass es der Österreichischen Post AG ein Leichtes sein wird, vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts dagegen anzukämpfen.

"Dass die Post rechtliche Schritte gegen hoheitliche Akte nicht scheut, zeigen ihre aktuellen Verfassungsbeschwerden gegen den Postamts-Bescheid von Bundesministerin Bures sowie den Bescheid der Regulierungsbehörde, mit dem der Post die Veröffentlichung ihrer geheim gehaltenen Rabatte vorgeschrieben wurde", hält Univ.-Prof. Dr. Heinrich Otruba, Sprecher der Initiative Zukunft Postmarkt, dazu fest.

Flexibilität mit allen Mitteln

Doch nicht nur das. Nachdem die Österreichische Post AG und die Postgewerkschaft in Windeseile einen neuen Kollektivvertrag für alle ab 1.8.2009 neu eintretenden sowie die bisher befristet beschäftigten Mitarbeiter abgeschlossen hat, der um 30% niedrige Löhne vorsieht, bekämpft die Post aktuell auch eine Bestimmung des geltenden Postgesetzes aus dem Jahr 1997, mit der ihr bestimmte Pflichten im Zusammenhang mit der Grundversorgung mit Postdiensten (Universaldienst) auferlegt wurden.

"Dies zeigt, dass die Post jede Chance nutzt, ihren betriebswirtschaftlichen Spielraum zu vergrößern", so Otruba weiter. Als börsennotiertes Unternehmen könne man ihr das auch gar nicht übel nehmen. Im Gegenteil. "Aber mit dem Märchen, die Post mache das alles nur, um sich für die unmittelbar vor der Tür stehenden, übermächtigen Mitbewerber aus Deutschland und Holland zu rüsten, muss man endlich einmal aufräumen", relativiert Otruba die zuletzt von Postgeneraldirektor Jettmar verkündeten Schreckensszenarios, sollte die Politik die Post nicht in Schutz nehmen. "Erfahrungsgemäß treten ausländische Ex-Monopolisten nicht in Wettbewerb mit den lokalen Platzhirschen, sondern versuchen eher sich an diesen zu beteiligen oder sie zu übernehmen", so Otruba weiter.

Bleibt zu hoffen, dass die Politik die Kassandragesänge des Noch-Monopolisten mit kritischem Ohr verfolgt, denn mit zahnlosen

Gesetzen ist niemandem gedient, am wenigsten den Wählern und damit den zur Wahl Stehenden.

Rückfragehinweis:

Initiative Zukunft Postmarkt

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Otruba

Tel.: +43-1-512 5010-12

E-Mail: [heinrich.otruba@zukunftpostmarkt.at](mailto:heinrich.otruba@zukunftpostmarkt.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0200 2009-07-23/15:59

231559 Jul 09

NEF0008 0475